

Laibacher Zeitung.



Nr. 31.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 8. Februar

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem pensionirten Major Joseph Chavanne den Adelsstand mit dem Ehrentitel „Edler“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der Unionbank in Wien und der Firma Lippmanns Söhne die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Böhmische Unionbank“ mit dem Sitze in Prag erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Friedrich Grafen Stokau und Dr. Horace Mayer v. Alsbach die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Börsen- und Creditbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der Francoösterreichischen Bank in Wien im Vereine mit den Herren J. B. Hauptmann und Franz Hauptmann die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Actiengesellschaft Hotel goldenes Lamm“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Louis Moskowitz, Heinrich Kloger, Heinrich Benedikt, S. Gottlieb, Albert Brandeis, Dr. Karl Koziol und Dr. Alexander Maday die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine Creditoersicherungsbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 6. Februar 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, croatisch-illyrische und romanische Ausgabe des am 16. Jänner 1872 vorläufig bios in der deutschen Ausgabe erschienenen III. Stückes des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1872 ausgegeben und versendet.

Dieses Stück enthält unter Nr. 5 die Verordnung des Justizministeriums vom 12. Jänner 1872, womit eine Instruction zum Vollzuge des allgemeinen Grundbuchgesetzes erlassen wird.

(Dr. Zig. Nr. 28 vom 6. Februar.)

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über den Stand der inneren Fragen.

Die galizische und die Wahlreformfrage ist fortgesetzt Gegenstand der publizistischen Besprechungen. Die „Deutsche Zeitung“ sagt:

„Zwei Wege zur Lösung unserer inneren Fragen beschäftigen die Regierung: „Der eine ist in der That jener einer Verbindung der Wahlreform mit dem galizischen Ausgleich; allerdings nicht in dem Sinne, daß man die Polen zwingt, von vornherein für die Wahlreform Partei zu ergreifen, sondern in dem Sinne, daß nach getroffener Einverständnisse mit den Polen, aber vor der Gesetzgebung dieses Ausgleichelaborates, die Frage der Wahlreform durchberathen und dann gleichzeitig mit den galizischen Gesetzen zur legislativen Geltung erhoben werde. Wenn auf diese Art der galizische Ausgleich zur Wahrheit würde, so müßte gleichzeitig der Grundsatz der directen Wahlen in unser Verfassungsgesetz inarticularisiert werden.“

Der zweite Weg, welcher für den Fall, als die galizischen Abgeordneten ihre Mitwirkung versagen sollten, einzuschlagen wäre, besteht in der Auflösung des böhmischen und galizischen Landtages.

Was bewilligt werden kann, sei sofort und ohne Zögern zu bewilligen. Die Resolution enthält Vieles, dessen Gewährung die Galizier reich und uns nicht arm macht. Wir können ihnen getroßt ein gut Stück Autonomie überlassen. Sie mögen sich ihre Handelskammern, ihre Credit- und Versicherungsanstalten, ihre Sparcassen nach Bedürfnis und Geschmack einrichten, sie mögen sich ein

specielles Heimatsgesetz ausarbeiten, es sei ihnen unbenommen, die Verwaltungsbehörden so national als möglich zu organisiren. Man überlasse ihnen, da sie es ausdrücklich verlangen, das Unterrichtswesen. Unsere Volksschule genügt ihnen nicht, sie möchten sie nach ihrem Bedürfnisse verbessern. Unsere Gymnasien werden von ihnen nicht geschätzt, sie mögen andere nach ihrem besseren Verständnisse errichten. Die Lemberger und Krakauer Universität braucht eben nicht nach der Schablone der deutschen Hochschulen organisiert zu sein. Wir erleiden dadurch keine Einbuße, nicht einmal der Ruf des deutschen Unterrichtswesens wird geschmälert, da er doch außerhalb Galiziens satte Probe seiner Leistungsfähigkeit abgelegt hat. Was speciell die Universitäten betrifft, so wird es hoffentlich den Glanz von Göttingen, Heidelberg, Leipzig, Wien u. s. w. nicht beeinträchtigen, wenn Europa erfährt, daß ihre Organisation in Lemberg und Krakau abgelehnt worden sei.

Indem wir die Bewohner Galiziens aus dem gemeinsamen Unterrichtsverbande entlassen, erweisen wir ihnen einen Gefallen, der uns nichts kostet. Denn nicht unsere Cultur wird dadurch geschädigt. Wohl oder übel müssen wir zugeben, daß die galizischen Abgeordneten von den Bedürfnissen ihres engeren Vaterlandes auch etwas verstehen, und wenn sie erklären, daß unsere Schul-Einrichtungen, unsere Hochschulen dem specifisch polnischen Bildungstrieb nicht zu entsprechen vermögen, so müssen wir dies von so kompetenten Sachverständigen in Treue und Glauben als begründet annehmen und diesen erfüllbaren Wunsch sofort gewähren. Denn bei dem größtmöglichen Entgegenkommen unsererseits werden immer noch gewisse Forderungen unerfüllt bleiben müssen.“

Die „Montags-Revue“ enthält über die Consequenzen der galizischen Verhandlungen für die Lösung der Wahlreformfrage eine Darlegung, die dem von der „N. Fr. Pr.“ entwickelten Vorgehens ähnlich ist. Das genannte Wochenblatt meint, daß „nach getroffener Einverständnisse mit den Polen, aber vor der Gesetzgebung dieses Ausgleichelaborates die Frage der Wahlreform durchberathen und dann gleichzeitig mit den galizischen Gesetzen zur legislativen Geltung erhoben werden soll. Es würde auch auf solche Weise ein „weiterer“ und ein „engerer“ Reichsrath geschaffen; in dem ersteren würden die zwischen den ehemaligen deutschen Bundesländern und dem Königreiche Galizien gemeinsamen Angelegenheiten, in dem letzteren bloß jene Angelegenheiten berathen, welche die ehemaligen Bundesländer ausschließlich betreffen. Zu diesen deutsch-österreichischen Spezialangelegenheiten gehört dann auch die Art der Bildung des Reichsrathes. Entweder hätten die Polen gleichzeitig mit der Ausscheidung ihrer Provinz durch ihr Botum zu bekräftigen, daß der engere Reichsrath in Zukunft statt von den Landtagen von den berechtigten Wählerschaften selbst gewählt und die Art seiner Zusammensetzung ausschließlich von ihm bestimmt werde, oder die Polen wären selbst von dieser Tributleistung an den centralistischen Gedanken zu befreien; der Reichsrath hätte sofort nach Votirung der zur Befriedigung der Polen notwendigen Verfassungsänderung und nach Sanctionirung derselben sich als engerer Reichsrath zu constituiren und den in seine ausschließliche Competenz gehörenden § 7 im Sinne der directen Reichsrathswahl umzugestalten. Der Reichsrath wäre in dem einen wie in dem anderen Falle nach seiner Beschlußfassung über den galizischen Ausgleich und über den Grundsatz der directen Wahl zu vertagen, damit die Regierung Zeit gewinne, ein Reichswahlgesetz auszuarbeiten. Im Herbst wäre der Reichsrath wieder einzuberufen, und dessen einzige Aufgabe, so weit er engerer Reichsrath ist, hätte in der Beschlußfassung über das Wahlgesetz zu bestehen.“ Auf die Frage aber, was dann, wenn die Polen für die Verständigung nicht zu gewinnen wären? erteilt das genannte Blatt folgende Antwort: „Dann müßte zur Auflösung des böhmischen Landtages geschritten werden, damit eine verfassungstreue Majorität die jetzige Declaranten-Mehrheit ablöse. Ebenso wäre der galizische Landtag aufzulösen und überhaupt in jeder gesetzlichen Weise dafür zu sorgen, daß ein verfassungstreu und beschlußfähiges Abgeordnetenhaus zusammentrete und mit einer Zweidrittelmehrheit die Wahlreform beschließe.“

„Die polnischen Blätter bieten ein Bild der völligen Zerfahrenheit in der Frage. Die einen verhöhnen jene polnischen Abgeordneten, welche Miene machen, auch nur ein Titelschen der Resolution aufzugeben. Die anderen wieder sagen, die Resolution sei ein Antrag des Landtages, über den sich reden lasse, kein Dogma. Die einen meinen, es sei nicht nöthig, jetzt zu einem Aus-

gleich zu gelangen, denn man könne noch ein paar Jahre kämpfen, um gleich Ungarn die volle Selbständigkeit zu erlangen. Die andern wünschen, daß man endlich zu einem Compromiß die Hand biete. Die einen beharren auf der verantwortlichen Landesregierung für Galizien, während die andern selbst den Einen Minister für Galizien als entbehrlich ansehen. Kurz, die polnische Presse ist kein Wegweiser, damit wir über die Stimmung Galiziens Klarheit finden, und bemerkenswerth ist darin nur die völlige Begriffsverwirrung, welche sich nachgerade der radicalen polnischen Partei bemächtigt hat, die just so spricht, als ob Galizien heute ein souveräner Staat sei, der eben erst die Bedingungen discutirt, unter welchen er all-falls sich der Gemeinsamkeit mit Oesterreich anschließen möchte.“

Die „Tages-Presse“ schreibt: „Wenn die Andeutungen, welche aus dem Subcomité des Verfassungsausschusses den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden haben, richtig sind, so hat die galizische Frage wieder einmal einen Schritt nach vorwärts gethan. Demnächst sollen die Concessionen, welche das Subcomité Galizien zu gewähren empfiehlt, formulirt werden. Dieses Elaborat wird sodann dem Polenclub zur Begutachtung und Annahme übergeben, welcher auch die getroffenen Vereinbarungen im galizischen Landtage vertreten muß. Der Weg ist allerdings ein langer und mühevoller, wenn er aber zum Ziele, zur Verständigung führt, dann darf uns die Mühe nicht reuen, die aufgewendet wurde. Zum galizischen Ausgleich ist die erste Stufe nun glücklich zurückgelegt, und auch die Regierung soll nun über den weiteren modus procedendi schlüssig geworden sein. Eine Verbindung dieses Ausgleiches mit der Wahlreform wurde im Principe angenommen, und zwar in dem Sinne, daß nach getroffener Einverständnisse mit den Polen, aber vor der Gesetzgebung dieses Ausgleichelaborates, also vielleicht vor der dritten Lesung, die Frage der Wahlreform durchberathen und gleichzeitig mit den galizischen Gesetzen zur legislativen Geltung erhoben werde. Wir können diesen Entschluß gewiß billigen und wünschen nur, daß die Verfassungsreformen bald und rasch abgethan werden mögen, damit man endlich an die übrigen dringenden Arbeiten, die seit Jahren ihrer Erledigung harren, schreiten kann.“

„Freundenblatt“ bemerkt: Was über den Verlauf der Verhandlungen aus den Kreisen der Abgeordneten im Allgemeinen bekannt wird, lautet befriedigend. Es wird versichert, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und daß der Abschluß eines vollen Compromisses als Ergebnis der Verhandlungen wahrscheinlich sei, jedenfalls eine bestimmte Feststellung des ganzen weiteren Actionplanes erfolgen werde, welcher geeignet sein würde, den Wünschen der Verfassungspartei zu entsprechen. Wie wir vernehmen, dürfte wahrscheinlich in den nächsten Tagen eine bedeutsame Manifestation folgen, indem mehrere böhmische Großgrundbesitzer, welche bei den letzten Wahlen sich durch ihren Eifer für die Verfassungspartei hervorgethan haben, von Sr. Majestät dem Kaiser zu Geheimrathen ernannt werden sollen.“

„Volkstfreund“ plädiert in von Ausgleichshoffnungen minder begeisterten Tone, wie folgt: „Wir sind nicht dem Verdachte ausgesetzt, den Bestrebungen der Regierung, auf dem Boden der bestehenden Verfassung die Reichseinheit zu wahren und den inneren Frieden herzustellen, principiell feindlich gegenüber zu stehen. Im Gegentheile, wir begleiten diese Bestrebungen mit den aufrichtigsten Wünschen des Gelingens. Wenn wir also Befürchtungen des Nichtgelingens aussprechen, geschieht dies sicher nicht aus factissem Oppositionsgeiste, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, sondern weil diese Befürchtungen eben begründet scheinen. Noch immer sind die Vorgänge im Subcomité des Verfassungsausschusses in Dunkel gehüllt, daß es aber nicht am besten damit bestellt sei, wird nicht nur von den föderalistischen Gegnern des Ministeriums behauptet, sondern auch von den Freunden desselben halb und halb zugegeben. Die Polen gewahren, daß sie nicht alle ihre Forderungen durchzusetzen vermögen, und drohen mit abermaliger Seccession.“

Der vom Gelingen des Ausgleichsprojectes um keinen einzigen Grad mehr erwärmte „Wanderer“ citirt aus einer Wiener Correspondenz des „Kraj“ Stellen, die wir hier noch anfügen wollen: „Man kann aus vielen Anzeichen urtheilen, daß die galizische Angelegenheit im Ganzen nicht glänzend steht, daß die Vereinbarung sehr zweifelhaft, ja vielleicht unmöglich geworden ist. Die Propositionen, über welche sich Regierung und Subcomité einigten, müssen von sehr geringem Gewichte und

geringer Tragweite für das Land sein, wenn unsere Delegation, wie man annehmen darf, sie für vollkommen unzulänglich erkennt. Die Ausgleichsprojekte müssen irgend eine homöopathische Dosis des Resolutionsextractes sein, wenn unsere Delegation, welche aus vorwiegend conservativen und ausgleichsfreundlichen Elementen besteht, sie für unannehmbar halt. Ja sie müssen mehr als unzureichend, sie müssen schädlich für das Land sein; nicht bloß, daß sie nicht einmal die geringsten Bedürfnisse Galiziens befriedigen können, sondern sie müssen es mit Banden von anderer Form binden, und diese Fesselnung wäre um so gefährlicher, als sie den Stempel des freiwilligen Vergleiches tragen würde."

Wir schließen unserer heutigen Journal-Revue nachstehende, in mehreren Wiener Blättern enthaltene Meldung der: "Der Reichsrath dürfte in Kurzem eine hinreichende Verstärkung an verfassungstreuen Mitgliedern erhalten, um selbst im Falle einer Secession der Polen nicht der Gefahr einer Beschlußungslosigkeit ausgesetzt zu sein. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat nämlich, von einem Paragraph der Geschäftsordnung Gebrauch machend, an die 37 aus den letzten directen Reichsrathswahlen hervorgegangenen österreichischen Abgeordneten die Aufforderung gerichtet, binnen vierzehn Tagen im Reichsrath zu erscheinen oder ihre Abwesenheit zu rechtfertigen, widrigenfalls sie als ausgeschieden betrachtet werden müßten."

Parlamentarisches.

Wien, 5. Februar.

Am 3. d. M. Abends hielt der Finanzausschuß noch eine zweite Sitzung welcher ebenfalls Obmann Dr. v. Pleier präsidierte und von Seite der Regierung Se. Excellenz der Herr Finanzminister Freiherr de Pretis, dann der Sectionschef Freiherr v. Distler, die Ministerialräthe Firlinger, Neidlinger, Elöner und Sectionsrath Korab beiwohnten.

Der Berichterstatter Dumoa legt das in der Vormittagsitzung begonnene Referat über das Capitel „Finanzverwaltung“ des Staatsvoranschlages pro 1872, und zwar bei dem Titel „Finanzwache“ fort und beantragt zunächst die ordentlichen Ausgaben dieses Titels mit 3,986.400 fl., die außerordentlichen Ausgaben dagegen conform der Regierungsvorlage mit 11.771 fl. zu genehmigen, welche Anträge der Ausschuß annimmt. Die Bedeckung des ordentlichen Titels wird ebenfalls gleichlautend mit dem Regierungspreliminare mit 72.900 fl. angenommen. Im ordentlichen Erfordernisse wird bei dem Titel „Finanzwache“ unter Anderem über Antrag des Referenten Dumoa eine samhafte Erhöhung der Bezüge und der Eödnungen der Finanzwachorgane einstimmig beschlossen.

Derjelbe Referent berichtet hierauf über den Titel „Steuerverwaltung“, und wird das ordentliche Erforderniß mit 3,010.000 fl. genehmigt. Die außerordentlichen Ausgaben so wie die Post „Neubauten und Kaufschillinge“ des ordentlichen Titels werden conform der Regierungsvorlage, erstere mit 23.800 fl., letztere mit 1600 fl. bewilligt.

Wie bei dem vorhergehenden Titel, so nahm sich auch bei diesem Titel der Berichterstatter Abg. Dumoa um die Verbesserung der pecuniären Lage der Beamten in warmer Weise an. Die Erhöhung der Gehalte der Steuerbeamten ist nunmehr vollständig reguliert und ebenso bei den Aushilfen und Adjuten eine höhere Summe eingestellt worden als früher.

Der Referent drückt zugleich den Wunsch aus, daß von Seite der Regierung Sorge getragen werde, daß nur wahrhaft würdigen und verdienten Beamten Aushilfen zukommen mögen.

Es folgt hierauf die Berichterstattung über den Titel „Finanzprocuratoren.“ Ueber Antrag des Referenten wird das ordentliche Erforderniß dieses Titels vom Ausschusse mit 258.600 fl., daß außerordentliche mit 28.500 fl. eingestellt.

Bei dem Titel „Zollverwaltung“ werden die ordentlichen Ausgaben über Antrag des Referenten mit 1,141.000 Gulden die außerordentlichen Ausgaben mit 42.900 Gulden eingestellt. Die Bedeckung wird mit 1.453.00 fl. genehmigt. Zugleich beantragt der Referent Dumoa die nachfolgende Resolution: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, den Personalstand des Hauptzollamtes in Wien schleunigt zu vermehren, die zur Befestigung des Raummangels geeigneten Maßnahmen zu ergreifen und zur Berathung über die Vereinfachung der Manipulation bei Behandlung der Zollamtsgüter im Allgemeinen Sachverständige zu vernehmen.“

Se. Excellenz Herr Finanzminister Freiherr de Pretis erklärte sich bereit, für alle diese Uebelstände Abhilfe zu schaffen, weshalb er von seinem Standpunkte gegen die Annahme der Resolution nichts einwenden könne.

Bei der Abstimmung wird hierauf die vom Referenten beantragte Resolution einstimmig angenommen und zwar mit einem vom Abg. Wolfrum beantragten Amendement, dahingehend: „daß die Vereinfachung der Manipulation nicht bloß für das Zollamt in Wien, sondern für alle Zollämter des Reiches Geltung haben solle.“

Abg. Dr. Czernawski spricht noch bei der Berathung dieses Titels den Wunsch aus, daß auch

in Keszow ein Zollamt zweiter Klasse errichtet werden möge.

Se. Excellenz Herr Finanzminister Freih. de Pretis erklärt, die Angelegenheit in Erwägung ziehen zu wollen.

Was den nächsten Titel des Capitels „Finanzverwaltung“ anbelangt, nämlich „Etat der Grundsteuerregulierung“, so beantragt Referent Dumoa 2,864.000 fl. zu genehmigen und zugleich das vorgetragene Exposé in den gedruckten Bericht aufzunehmen.

Der Ausschuß schließt sich diesen Anträgen bei der Abstimmung an.

Abg. Dr. Czernawski wünscht hier noch eine Aufklärung über die Stellung des Obmannes der Landescommission bei den Abstimmungen, über welchen Wunsch Sectionschef Freih. v. Distler erklärt, daß der Obmann der Landescommission stimmberechtigt sei, daß sogar bei gleicher Stimmenzahl die Stimme des Obmannes den Ausschlag gebe.

Zum Schlusse referirt Abg. Dumoa über die Petition der eisenthaischen Finanzcommissare um Gehaltserhöhung, welche durch die gefaßten Beschlüsse bei den betreffenden Positionen ihre Erledigung im Sinne der Petenten findet.

Nachdem der Finanzausschuß in seiner Sitzung vom 3. d. M. folgende Regierungsvorlagen erledigt hatte und zwar: das Gesetz betreffend die Stempel- und Gebührenbefreiung zum Zwecke einer amtlichen Verichtigung der Bergbücher; jenes betreffend die Einzahlungstermine für das Gebührenäquivalent vom beweglichen und unbeweglichen Vermögen, dann die Berechnung der Bezugszinsen im Falle einer verzögerten Einzahlung desselben; endlich das Gesetz in Betreff der Durchführung der Grundentlastung in Bezug auf die Geld- und Naturalgiebigkeiten an Kirchen, Pfarren und Schulen im Herzogthume Steiermark und Kärnten, ging er in seiner Sitzung vom 5. d. M. an die Durchberatung mehrerer Petitionen, und zwar jener der kaiserlichen Steuerbeamten und der Beamten bei Vermessung der Grundsteuerregulierung um Gehaltserhöhung, dann der Petition der Finanzconcipisten der Finanzdirectionen in Kärnten und Oberösterreich um Gleichstellung mit den politischen Beamten in Rang und Gehalt.

Ueber alle drei Petitionen erstattet Abg. Dumoa den Bericht und faßt der Ausschuß über Antrag desselben den Beschluß, über die zuerst angeführten beiden Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, die letztgenannte dagegen der Regierung zur Erwägung zu überlassen. Die Petition des Finanzwachcomité in Böhmen um Verbesserung der Lage der Finanzwache überhaupt wird in gleicher Weise über Antrag des Berichterstatters der Regierung zur Erwägung anheimgestellt.

Ueber eine Eingabe um entsprechende Erhöhung des Erfordernißtitels „Punzrunge“ bei dem Capitel „Indirecte Abgaben“ wird über Antrag des Abg. Dr. Wisstra zur Tagesordnung übergegangen.

Hierauf wird die Berathung über den Staatsvoranschlag, und zwar über das Capitel „Subventionen und Dotationen“, Titel 4, „An einige Grundentlastungsfonds“, fortgesetzt. Als Berichterstatter fungirt Abg. Dr. Herbst, und gelangt über Antrag desselben der Titel „Unverzinsliche Vorschüsse“, Post 1, „für Ost-Galizien“, mit 1,520.102 fl., Post 2, „für West-Galizien“, mit 1,104.898 fl. conform der Regierungsvorlage im Ordinarium zur Annahme. Dagegen beantragt Referent, „für die Bukowina“ 395.000 fl., und zwar als Extraordinarium einzustellen. (Angenommen.)

Die Post 4, „für Krain“, wird über Antrag des Referenten Dr. Herbst mit 40.000 fl. eingestellt.

Außerdem beantragt der Referent Dr. Herbst, bezüglich der passiven Grundentlastungsfonds die Resolution des Vorjahres zu wiederholen, welche dahin geht: Die k. k. Regierung wird aufgefordert, baldigst dem Reichsrathe Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen, durch welche die Verhältnisse des Staates gegenüber den Grundentlastungsfonds von Krain, Istrien, Galizien und Bukowina definitiv geregelt werden, und dabei insbesondere von dem Principe auszugehen, daß die Zuschläge zum Grundentlastungsfonds, welche in den betreffenden Ländern eingehoben werden, fixirt werden müssen und nur, insofern weit hienach bei den betreffenden Grundentlastungsfonds Abgänge eintreten, rückzahlbare Vorschüsse oder nach Umständen allfällige Subventionen von Seite des Staates geleistet werden können.

Bei der Abstimmung wird die obige Resolution nach dem Antrage des Referenten Dr. Herbst angenommen.

Schließlich gelangt noch das Erforderniß desselben Capitels, Titel „Dotationen an einige Landesfonds“, Post 1, „Kärnten“, so wie der Titel „Aus Anlaß der Donau-Regulierung“ zur Verhandlung und wird die Post des erstgenannten Titels conform der Regierungsvorlage mit 10.000 fl., der letztere Titel über Antrag des Referenten Dr. Herbst mit 246.700 fl. im ordentlichen Erforderniß genehmigt. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

11. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 6. Februar.

Präsident R. v. Poppen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Alois Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr von Vasser, Dr. Unger, Dr. Glaser, Dr. v. Stremayr, R. v. Chlumetzky, der Leiter des Landesverteidigungs-Ministeriums Oberst Horst.

Der Abg. Szezepanski leistet die Angelobung.

Sodann macht der Präsident dem Hause die Mittheilung, daß er in Gemäßheit der Geschäftsordnung diejenigen Mitglieder, welche bisher im Hause nicht erschienen sind, schriftlich aufgefordert habe, entweder zu erscheinen oder die Gründe ihrer Abwesenheit bekannt zu geben.

In einer Zuschrift an das Präsidium ladet Se. Exc. der Herr Minister des Innern das Haus zur Wahl eines Mitgliedes in den Staatsgerichtshof ein.

Die zahlreich eingelassenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Abg. Dr. Knoll und Genossen bringen einen motivirten Antrag auf Erlassung eines Gesetzes ein, durch welches der § 31 der allgemeinen Grundbuchordnung für Böhmen, Mähren, Schlesien, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Vorarlberg und § 435 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben werden soll.

Abg. Dr. Menger und Genossen richten an den Herrn Handelsminister die Frage, ob derselbe geneigt sei, den beim Eisenbahntransport klargestellten Uebelständen durch Einbringung einer Gesetzesvorlage noch in dieser Session vorbeugen zu wollen.

Sobin wird zur Tagesordnung geschritten.

Die Regierungsvorlagen betreffend a. die Gehalte der Professoren an den theologischen Facultäten und b. die Gehalte der Professoren an den technischen Hochschulen, an den Handels- und nautischen Akademien passiren ohne Debatte die dritte Lesung.

Abg. Dr. v. Figuly berichtet hierauf im Namen des Wahlprüfungsausschusses über die Wahl des Herrn Dechants Wilhelm v. Tarnoczky in das Abgeordnetenhause.

Dieselbe wird über Antrag des Ausschusses für ungültig erklärt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung der Regierungsvorlage über den Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Bezüge den Lehrpersonals an den mit staatlichen Lehrerbildungsanstalten verbundenen, aus Staatsmitteln erhaltenen Uebungsschulen.

Abg. Dr. Schaup trägt im Namen des Unterrichts-ausschusses den Bericht vor. Die Regierungsvorlage wird über Antrag des Ausschusses in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Ueber Antrag des Referenten wird sogleich die dritte Lesung dieses Gesetzes vorgenommen.

In gleicher Weise wird auch dem Antrage des Ausschusses, die Petition der Uebungslehrer von Laibach, Z. 166, dem k. k. Unterrichtsministerium bezüglich der Bitte um Ersatz für den durch den Wegfall des Nachstundenunterrichtes bis zum Zustandekommen dieses Gesetzes entstehenden Nachtheil zur Würdigung abzutreten, Folge gegeben.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag, 9. Februar.

Auf der Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes in den Staatsgerichtshof an Stelle des verstorbenen Dr. Kandler.
2. Erste Lesung des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Knoll, betreffend die Aufhebung des Legalisirungszwanges.
3. Zweite Lesung der Regierungsvorlage betreffend:
 - a. die Stempel- und Gebührenbefreiung zum Zwecke der amtlichen Verichtigung der Bergbücher;
 - b. die Einzahlungstermine für das Gebührenäquivalent vom beweglichen und unbeweglichen Vermögen;
 - c. Stempel- und Gebührenbefreiung bei der Grundentlastung im Herzogthume Steiermark;
 - d. dieselbe in Kärnten;
 - e. die Abänderung des § 36 des Schulgesetzes vom 14. Mai 1869;
 - f. Bericht des Finanzausschusses über den von der Regierung vorgelegten Centralrechnungsabluß vom Jahre 1870.

Politische Uebersicht.

Laibach, 7. Februar.

Die „Pester Correspondenz“ erklärt auf Grund authentischer Informationen die Nachrichten Wiener Blätter über eine Spannung zwischen den Ministern Vonyah und Kerkapolyi und den bevorstehenden Rücktritt des Letztern, sowie ähnliche, auf andere Mitglieder des ungarischen Cabinets bezügliche Gerüchte als vollständig grundlos.

Ueber den Stand der croatischen Ausgleichsverhandlungen schreibt „Pesti Naplo“ Folgendes: „Die Nachricht des „Pester Lloyd“ über den Abbruch der Verhandlungen ist unrichtig; die croatische Frage ist jetzt nicht so sehr eine Principien- als eine Aemterfrage.“

Nachdem die Oppositionellen erklärt hatten, daß sie auf dem Boden des Unionsgesetzes stehen, wurde bezüglich der Ernennung des Banus, der Verantwortlichkeit der Beamten und der Wahl der Abgeordneten für den Reichstag bald eine Vereinbarung getroffen. Bezüglich der letzteren empfahl Graf Lonyay die Wahl nach Gruppen, was die Oppositionellen annahm. Bezüglich der Finanzfrage verlangten die Croaten Mittheilung der Daten, auf Grund deren die Quote festgestellt worden sei, was unter dem Vorbehalt zugesagt worden sei, daß daraus keine principiellen Folgerungen abzuleiten seien. Die Abänderung des Pauschalsystems, die Feststellung einer bestimmten Quote zu den gemeinsamen Ausgaben, das Recht des croatischen Landtages zur Ausschreibung von Steuern für innere Bedürfnisse wurde ungarischerseits zugegeben, wenn auch mit der Bemerkung, daß dadurch Croaten mehr belastet werde. Die Forderungen wegen des Gebrauches der croatischen Sprache und sonstiger auf die Autonomie bezüglicher Einzelheiten wurden als innere Angelegenheiten Croatiens zur Kenntniß genommen. Hinsichtlich aller dieser Punkte herrsche vollständiges Einvernehmen zwischen Opposition, Regierung und Unionspartei; allein die Oppositionellen verlangten die sofortige Besetzung höherer Aemter durch Mitglieder ihrer Partei, worüber im Ministerrathe dem Vernehmen nach entschieden wurde: Da beide Parteien den gleichen Standpunkt einnehmen, sei erst die Eröffnung des Landtages und die Parteigruppierung abzuwarten, vermöge welcher die höheren Aemter besetzt werden sollen. Lonyay machte den Croaten hievon Mittheilung. Diese zeigten sich darüber verstimmt und einige Leidenschaftliche erklärten, die Ablehnung ihrer Forderung sei gleichbedeutend mit dem Umsturze aller Vereinbarungen. Die Angelegenheit ist noch nicht als abgeschlossen zu betrachten.

Am 2. d. hat in Berlin der Empfang bei dem neuen französischen Botschafter in den Staatszimmern der französischen Botschaft stattgefunden. Die Versammlung war, der „N. a. Ztg.“ zufolge, nicht weniger zahlreich als diejenige in der russischen Botschaft. Alle Minister waren bei diesem Empfange erschienen, an ihrer Spitze der Fürst Bismarck. Man hat ebenfalls die Gegenwart des gesammten diplomatischen Corps bemerkt mit den österreichisch-ungarischen und russischen Botschaftern, ebenso der General-Feldmarschälle Wrangel und Moltke, des Präsidenten des Herrenhauses, der großen Hofchargen und namentlich der Herzoge von Ratibor und von Croj, des Prinzen Salm, des Fürsten von Putbus, des Flügeladjutanten Prinzen Radziwil.

Die französische Regierung hat in Berlin einen neuen Modus behufs früherer Beendigung der Occupation vorgeschlagen. Es handelt sich hiebei um eine Art von Hypothek, welche alle französischen Eisenbahnen zu übernehmen hätten.

Zu Folge des Chambord'schen Manifestes hat auch der Graf von Paris das Bedürfnis empfunden, mit einer Rundgebung seiner politischen Anschauungen hervortreten. Er wollte nicht ebenfalls mit einem Manifeste vor der Öffentlichkeit erscheinen, aber er hat sich dazu entschlossen, an den Grafen von Chambord ein Schreiben zu richten, worin er ihm die Haltung auseinandersetzt, welche er in Zukunft einzunehmen gedenkt. Ob dieses Schreiben der Öffentlichkeit übergeben werden wird, läßt sich noch nicht sagen und hängt wohl von der Ausnahme ab, welche es beim Grafen von Chambord finden wird. Was den Grafen von Paris bestimmte, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, ist die Sprache, welche die intimen Organe des Grafen von Chambord seit dem letzten Manifest führen, die Auslegung, welche diese seinen Worten geben, und dann das Schreiben, welches einige Legitimisten an „Henri“ gerichtet und in den Blättern veröffentlicht haben. Dazu kommt denn noch, daß den Royalisten aller Schattirungen, einige Erz Legitimisten ausgenommen, das Auftreten des Grafen von Chambord keineswegs behagt, da die Wiederherstellung einer Monarchie auf die Art und Weise, wie sie Henri V. beabsichtigt, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde, und sie daher mehr denn je entschlossen sind, eine Verfassung auszuarbeiten, die Frage betreffs der Fahne dadurch zu lösen, daß sie auf das dreifarbiges Banner die Lilien des Hauses Bourbon setzen, dann die Krone dem Grafen von Chambord anzubieten, und wenn dieser auf seinen Ideen besteht, ihre Zuflucht zum Grafen von Paris zu nehmen. Unter diesen Umständen hielt es der Graf von Paris für nothwendig, seine erste Idee, sich vollständig neutral zu halten, zu modificiren und, wie gesagt, an den Grafen von Chambord ein Schreiben zu richten.

Gegenwärtig hat nach den Berichten aus Rom die extreme Partei im Vatican entschieden die Oberhand und arbeitet mit allem Eifer an dem Sturze des mißfälligen und ihr zu gemäßigten dankenden Cardinal-Staatssecretärs Antonelli, und wenn sein Sturz noch nicht erfolgt ist, so läßt sich vielleicht dies lediglich der Verlegenheit über die Wahl seines Nachfolgers zuschreiben. In letzterer Zeit ist wieder stark vom Cardinal de Luca, früherem päpstlichen Nuntius in Wien, die Rede und wird auch schon gleichsam als Vorläufer des baldigen Rücktrittes Antonelli's die Nachricht von dessen geschwächter Gesundheit mit regem Eifer colportirt. Der Papst selbst, welcher einige Tage hindurch ziemlich un-

wohl war, ist so weit wieder hergestellt, daß er in seinen Privatgemächern einige besonders bevorzugte Personen und Deputationen empfangen konnte, die öffentlichen Audienzen haben aber schon seit nahezu einem Monat nicht stattgefunden. — Die italienische Kammer nahm einige Gesetzentwürfe an und vertagte sich hierauf bis zum 20. Februar, bis zu welcher Zeit mehrere Gesetzentwürfe zur Berathung vorliegen werden.

Die der „Times“ aus Spanien zugegangenen Berichte geben Grund zu Befürchtungen, daß Zorilla und seine progressivistischen Anhänger im Vereine mit den Radicalem sich bestreben dürften, eine anti-dynastische Revolution zu erzeugen. Man hat bemerkt, daß Zorilla, Beara, Figuerola, Eschegaray und ein fünfter Deputirter die Einladung zu dem letzten königlichen Diener rundweg abgelehnt haben. Während des Abends erschienen jedoch der Herzog von Beraguas, Morate Espagna und viele andere Zorillisten bei dem königlichen Empfange; folglich schließt man daraus, daß die Progressivisten, welche Zorilla folgen, unter sich getheilt sind, und man hofft, daß sie bei den Wahlen sich wieder der neuen Dynastie anschließen und eine radicale Revolution verhindern werden.

Aus Constantinopel erhält die „Montags-Review“ folgende Mittheilung: Der Vicekönig von Egypten kommt nun bestimmt nach Constantinopel, nachdem auch bezüglich des Suezcanals ein Einverständnis zwischen ihm und der Pforte, und zwar in dem Sinn, daß der Canal nicht neutralisirt werden kann, erzielt worden ist.

Ueber die „Alabama“-Frage schreibt ein officiöser Berliner Correspondent der „Breslauer Zeitung“: „Die Gefahr eines Zusammenstoßes liegt schon deshalb nicht nahe, weil beide Parteien sich dem Spruche eines Schiedsgerichtes unterworfen haben, und weil derartige Entscheidungen fast immer zur Erledigung von Streitigkeiten wirksam sind, wo nur Geldforderungen, nicht aber Ehrenfragen im Vordergrund stehen. Auf die leidenschaftliche Polemik ist kein großes Gewicht zu legen. Man weiß, daß die Amerikaner keineswegs bescheiden im Fordern und die Briten nicht sehr entgegenkommend mit freiwilligen Zugeständnissen sind. Beide Theile glauben ihren Vortheil wahrzunehmen, indem sie mit Fordern und Bieten sich auf die äußersten Grenzen stellen. Es ist eben Sache des Schiedsgerichtes, auf principiellen und objectiven Grundlagen eine Vermittlung aufzubauen, die dann schwerlich auf Widerspruch stoßen wird.“

Nach Inhalt des Monatsausweises des Schatzsecretärs hat sich die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten während des Monats Jänner um 5,500,000 Dollars verringert. Dieselbe beläuft sich augenblicklich abzüglich des Vorbestandes im Schatzamte auf 2,236,204,949 Dollars. Der Metallvorrath im Schatzamte beträgt 103,250,000 Dollars und das Papiergeld 12,750,000 Dollars.

Tagesneuigkeiten.

— Aus Meran wird gemeldet, daß eine andauernd prachtvolle, wolkenlose Witterung den a. h. Aufenthalt begünstige. Ihre Majestät die Kaiserin zeigte sich wiederholt ohne alle Begleitung im Publicum und wohnte Sonntag, am 4. d., dem allgemeinen Gottesdienste der Filialkirche zu Obermais in einem gewöhnlichen Kirchenstuhle bei.

— (Zeitungen-Verkauf.) Die „Vorstadtzeitung“ wurde an die Wechslerbank, das „Freundenblatt“ an ein von der Creditanstalt gebildetes Consortium, die „Gemeindezeitung“ an die Unionbank, die „Morgenpost“ an die Vereinsbank verkauft. („Presse“, „N. Fr. Pr.“ und „Neues Wiener Tagblatt“ sind bekanntlich ebenfalls in den Besitz von Bankanstalten übergegangen.)

— (Arbeitertumulte in Folge der Biervertheuerung.) Am 6. d. Abends nach 8 Uhr fanden in Graz große Arbeitertumulte statt. Eine große, mehrere tausend Köpfe zählende Menge von der arbeitenden Klasse angehörigen Menschen zog durch die Murgasse lärmend und singend nach dem Reininghaus'schen und Schreiner'schen Brauhause und verübte da arge Excesse. Es mußte Militär einschreiten, welche mit gefülltem Bajonnette die Menge — gegen halb 11 Uhr Nacht — zerstreute, nachdem dieselbe mit Steinen geworfen und ausgehissene Baumstämme gebrauchte wollte. Vier Wachmänner sollen durch Steinwürfe beschädigt worden sein.

— (Besuch der österreichischen Universitäten) im Winter-Semester 1871. Wien 4137, darunter 1271 Juristen, 1396 Mediciner; Lemberg 1082, Graz 912, Innsbruck 571.

— (Ein alter Rechtsstreit.) Zwischen der Stadt Pest und dem Convente des Piaristenordens besteht noch aus dem vorigen Jahrhunderte ein Streit bezüglich des Eigenthumsrechtes auf jenen Grund, wo das ehemalige städtische Normalschulgebäude in der Strickergasse steht. Es handelt sich nun um die Regulirung jener Gegend und die Austragung der Streitfrage soll endlich, nach hundert Jahren, im Wege eines freundschaftlichen Ausgleiches geschehen.

— (Der Eisstoß) hat die Draubrücke bei Essegg fortgerissen.

— (Humor eines Kranken.) Ein Wasserfüchtiger in der Vorstadt Fabrik in Temesvar sollte

dieser Tage angezapft werden, um demselben Erleichterung zu verschaffen. „Halt!“ rief er plötzlich, als die Nadel sich eben an ihr Werk machen wollten. Erstaunt blickten die Jünger Aeskulaps auf den Patienten. „Keine Herren,“ sagte dieser mit großer Ruhe, „Sie wollen da so ohne weiteres anzapfen und haben gewiß vergessen, die Anzeige bei der Accise zu machen.“

— (Die Mormonen) haben, wie amerikanische Zeitungen melden, die Fidji-Inseln als zukünftigen Ansiedelungspunkt im Auge. Ob aber der König Takambau und dessen getreue Unterthanen ihnen freundliche Aufnahme angedeihen lassen würden, steht noch in Frage, da auf den Fidji-Inseln die Vielweiberei mitsamt der Menschenfresserei stark in Abnahme begriffen ist. Um den Missionären, welche gegen Vielweiberei predigen, gefällig zu sein, hat schon mancher Fidji-Inseln-Bewohner seine überzählige Frau aufgefressen. Wie traurig wäre es, wenn sie durch den weißen Mormonismus auf Abwege geleitet würden.

Locales.

— (Der Direction des Elisabeth. Kinderspitals) sind nachträglich als Christgeschenke folgende Spenden zugekommen, u. z. von Frau Maria Kosler, Landeshauptmann-Stellvertreter's-Gattin 15 fl., und von der Schutzdame Frau Wilhelmine Rejebli 5 fl.

— (Krainische Industrie.) Auf der Triester Ausstellung wurden mit der großen silbernen Medaille ausgezeichnet die Josephsthaler Papierfabriken, die Rattenbrunner Farbholzfabriken und die Umater Tuch- und Kragenfabrik der Herren Terpinz und Zeschlo.

— (Aus dem Amtsblatte.) Lieferung von 4660 Telegraphenbäumen für den Bereich des Triester Inspectorates. Offerte bis 20. d. M. — Die Sühnl'sche Militärwaisenstiftung im Betrage von 37 fl. 80 kr. ist erledigt. Gesuche bis Ende dieses Monats an den hiesigen Magistrat.

— (Reorganisirung der Landwehr.) Bei der Wichtigkeit, welche diese Frage auch für unser Heimatland hat, können wir nicht umhin, unseren geehrten Lesern eine an die „Graz. Ztg.“ gerichtete Wiener Correspondenz mitzutheilen. Nach dieser beschäftigt sich gegenwärtig das Landesvertheidigungsministerium mit der Reorganisation der cisleithanischen Landwehr nach ungarischem Muster. Bis jetzt war bekanntlich von unserer Landwehr nicht viel mehr da, als das Gerippe. Die 78 Landwehrbataillone hatten 78 Evidenz-Bureaux, hier ein Hauptmann, dort ein Subalterner als Bureauchef. Diese hatten für die Evidenzhaltung der Landwehrmänner zu sorgen und dieselben zu den betreffenden Waffenübungen, die 20 Tage, und zu Rekrutenabrichtungen, die acht, eigentlich sechs Wochen dauerten, einzuberufen. Die Bataillonscommandanten wurden bis jetzt dem Pensionsstande, die Officiere theils dem Civilstande entnommen oder aber aus dem Pensionsstande einberufen. Jetzt soll es anders werden. Bereits Mitte Februar soll eine Regierungsvorlage betreffs Aufstellung von Bataillons-Cadres auf den Tisch des Abgeordnetenhauses gelegt werden. Die Stabofficiere in Pension, die zu Landwehr-Bataillonscommandanten ernannt sind, sollen rehabilitirt werden und im Bezirk des Bataillons stabil sein; jeder Cadre soll außerdem aus 1 Hauptmann, 1 Oberlieutenant, 1 Lieutenant, 1 Feldwebel, 2 Zugführern, 6 Corporalen, 6 Gefreiten, 2 Hornisten und 40 Mann (in letztere eingerechnet die Professionisten, Magazinsaufsichtsmannschaft u.) bestehen, Cavallerie wird in ähnlichem Verhältnisse aufgestellt, ebenso die technische Truppe, welche letztere bis jetzt nur in der Evidenz geführt wurde.

— (Zum Beamtentage.) Am 9. d. M. wird in Wien ein großer Beamtentag stattfinden. Um der lebhaftesten Theilnahme, welche sich seit der im vorigen Monat stattgehabten Vorversammlung allgemein in Beamtentreisen gezeigt und welche jetzt auf eine sehr bedeutende Theilnahme auch aus den Provinzen schließen läßt, so viel als möglich Rechnung zu tragen, wurde von Seite des Comités auf eine möglichst geräumige Localität Rücksicht genommen und der große Saal im Musikvereinsgebäude zum Versammlungsorte gewählt. Das Comité wird auf dem Beamtentage nach einem Berichte über seine Thätigkeit eine Reihe von Resolutionen zur Discussion vorlegen, welche sich sowohl auf die materiellen wie auf die socialen und dienstlichen Verhältnisse des Beamtentandes beziehen. Dabei ist auf die Bedürfnisse der öffentlichen und der Privatbeamten in gleichem Maße Rücksicht genommen worden.

— (Nordlicht.) Am verflossenen Sonntag, den 4. Februar, Abends wurde in einem großen Theile Europa's ein prachtvolles Nordlicht beobachtet. Seine von Nordost nach Nordwest fortschreitende Entwicklung dauerte von 6 Uhr Abends bis 11 Uhr. Die Zeitungen veröffentlichten Berichte aus Bludenz, Ischl, Schottwien, Lemberg, Kralau, Constantinopel, Rom und Florenz. Auch in Laibach, wo der Himmel von einer dichten Wolkenjähche anhaltend bedeckt war, wurde eine auffallende Röthung der letzteren wahrgenommen.

— (Faschingschronik.) Der Cosinoverein in Adelsberg hat im Verlaufe der heurigen Saison bereits zwei Tanzkränzchen mit Tombola abgehalten. Der Besuch war ein recht lebhafter; über 30 Paare theilnahmen sich am Tanze, über 100 Personen an der Unterhaltung; die Theilnehmer haben an beiden Kränzchen die festlich geschmückten Räume erst in früher Morgenstunde in heiterer Stimmung verlassen.

(Theaterbericht.) V. Angely's „von Sieben die Häglische“ wurde gestern bei leerem Hause abgepielt.

(Slovenische Bühne.) Heute bringt die slovenische Bühne die dreiactige Gefangensposse „Raztergarni“.

Berichtigung. In dem gestrigen Aufsatze: „Historisches“ ist ein Satzfehler unterlaufen.

(Die „Allgemeine Familien-Zeitung“.) Was die Masse und Bediegenheit des Inhaltes betrifft, eines der ersten illustrierten Wochenjournale Deutschlands.

(Zur Reinhaltung des Hühnerhofes.) In den Hühnerställen gibt es allerhand kleines Ungeziefer, welches die Hühner plaget.

(Literatur.) „Das Geheimniß des Abbe“ betitelt sich der neueste Roman Levin Schüding's, womit die „Allgemeine Familien-Zeitung“.

nen der Orleans in Eins auf; der jüngste Krieg entrollt sich vor den Augen des Lesers und das Geheimniß, welches über dem Tod des letzten Condé schwebt.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der delicates Revalesciere du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitaller die Wirkung derselben anerkannt.

Grosne, Seine und Dife, Frankreich, 24. März 1868.

Herr Richy, Steuereintnehmer, lag an der Schwindsucht auf dem Sterbette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen.

Schwester St. Lambert.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwaachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Washington, 6. Februar. Der Cabinetrath discutierte die britischen Eröffnungen bezüglich des Alabama Schiedsgerichtes.

Berlin, 6. Februar. Dem gestrigen Empfangs-abende bei dem Grafen Karolyi haben beigewohnt: Fürst Bismarck, Marschall Wrangel, die Minister Roon, Tzenplig, Camphausen und Delbrück.

Versailles, 7. Februar. Victor Lefranc wurde zum Minister des Innern, Goulard zum Handelsminister ernannt.

London, 7. Februar. Parlamentsöffnung. Die Thronrede constantirt befriedigende Freundschaftsbeziehungen mit den Mächten des Auslandes.

hobenen großen Forderungen, welche nicht in den Wirkungskreis der Genjer Schiedsrichter gehören, wurde Amerika eine freundschaftliche Eröffnung gemacht.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 7. Februar. 5perc. Metalliques 62.50. — 5perc. Metalliques mit Met. und Kovener = Zinsen —. 5perc. National = Anlehen 71. —.

Das Postdampfschiff „Cimbria“, Capitän Stahl, ging am 31. Jänner mit 371 Passagieren von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 7. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen pr. Megen, Korn-Saat, Gerste, Hafer, Haibfrucht, Weiden, Hirse, Kukuruz, Erbsen, Linsen, Erbsen, Fesjoen, Kuchschmalz, Schweineschmalz, Speck, and Rauchert.

Angekommene Fremde.

Am 6. Februar.

Stadt Wien. Kuhn, Kaufm., Wien. — Erlanger, Kaufm., Stuttgart. — Globocnik, Bezirksvorsteher, Adelsberg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Millimetern.

Sonniger Tag, etwas windig, Abends zunehmende Bewölkung. Das Tagesmittel der Wärme + 2.6°, um 3.0° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 6. Februar. Die Ueberhäufung des Marktes mit neuen Emissionen gab zu Bedenken Anlaß, welche in einem ziemlich starken Rückgange der Course ihren Ausdruck suchten und fanden.

Table A: Allgemeine Staatsschuld für 100 fl. and B: Grundentlastungs-Obligationen.

Table C: Wiener Communalanlehen and D: Actien von Bankinstituten.

Table E: Actien von Transportunternehmungen and F: Pfandbriefe (für 100 fl.).

Table G: Privatlose (per Stk.) and H: Wechsel (3 Mon.) Geld Waare.